



Permanente Stabsstelle für Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) der Stadt Offenburg

Kurzzusammenfassung —

**Hauptamtliche Stelle für Krisenvorsorge,
Notfallplanung, Übung und Öffentlichkeitsarbeit**

Kontakt —

sae@offenburg.de

1 Ausgangslage und Bedarf in der Kommune

In Offenburg existierte schon seit 2011 eine Dienstanweisung zur Bildung eines Verwaltungsstabs bei Außergewöhnlichen Ereignissen auf lokaler Ebene. Diese war jedoch auf Lagen mit plötzlichem Anfang und zeitnahe Ende angelegt. Ausgehend von diesem Krisenbild sah die Planung einen temporären Stab vor, der im Ereignisfall gebildet wird und dafür Fachleute aus ihren Fachbereichen und Abteilungen abzieht. Die Erfahrungen in der Pandemie offenbarten dagegen einige Probleme mit diesem Ansatz des bedarfsorientier-

ten Aufwuchses. So war Erfahrung mit Stabsarbeit und ihren Abläufen in der Verwaltung zwar durchaus vorhanden, aber ungleich verteilt. Zwischen den vielen verschiedenen Fachbereichen, die für die Bewältigung einer komplexen und entgrenzten Krise nötig waren, bestand kein gleichmäßiges Ausbildungs- und Vorbereitungs niveau. Die Logik eines temporären Stabs erschwerte es außerdem, bestehende Notfallpläne fortwährend zu aktualisieren, aufeinander abzustimmen, zu erproben und gegebenenfalls anzupassen. Dies lag neben teils unklaren Kommunikationskanälen zwischen Akteuren auch daran, dass wichtige Kontaktinformatio-

nen nicht vorhanden oder nicht aktuell waren. Nicht zuletzt deshalb bestanden in der Pandemie Koordinationsprobleme, sowohl innerhalb der Kommune als auch in der Mehrebenenkooperation mit dem Land und horizontal in der Region. Hier mangelte es langfristigen Kontakten zu Ansprechpartnern, unter anderem bei den Betreibern kritischer Infrastrukturen.

Bei der Bewertung der eigenen Krisenbewältigung entstand der Eindruck, dass die Chaosphase zu Beginn der Pandemie deshalb vergleichsweise lang anhielt. Die Kommune war personell, fachlich, und technisch nicht angemessen für den schnellen Aufwuchs in entgrenzten Krisen und hochkomplexe Lagen gerüstet. Dies sorgte für Anschub- und Reibungsverluste im Krisenmanagement, die in Zukunft reduziert oder vermieden werden sollten.

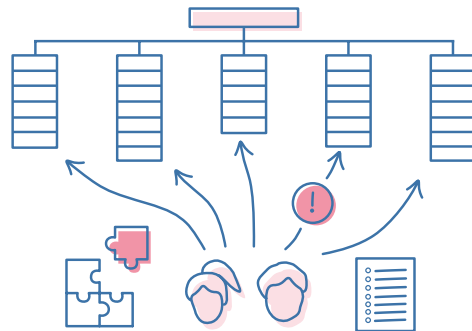
2 Maßnahme, Vorgehen, Ziele

Der Gemeinderat der Stadt Offenburg beschloss, eine permanente Stelle zur Krisenvorplanung einzurichten. Diese sollte mit 1,0 Vollzeitäquivalenten (0,5 Leitung und 0,5 Assistenz) ein umfassenderes Risikomanagement auf der kommunalen Ebene unterstützen. Der situative SAE blieb weiterhin als temporäres Instrument angelegt. Die Stabsstelle sollte allerdings sicherstellen, dass er jederzeit, kurzfristig und voll einsatzfähig sein würde und die Chaosphase zu Beginn einer Lage dadurch deutlich verkürzen. Als Teilziele auf diesem Weg wurden die Überarbeitung der lokalen Krisenmanagementstrukturen,

der Ausbau der internen und externen Krisenkommunikation und ein langfristigeres Wissensmanagement definiert.

In Kooperation mit professionellen externen Krisenmanagern entstand so unter anderem ein Krisenhandbuch für die Kommune, das kritische Einrichtungen und ihre Schutzziele festlegt, Ansprechpartner und Kontakte benennt. Darüber hinaus wurden bestehende Notfallpläne aktualisiert und harmonisiert sowie Treffpunkte und Unterkünfte ausgewiesen oder ertüchtigt. Die Maßnahmen sollen durch zwei Übungen pro Jahr gefestigt werden.

Neben der technischen Ausstattung für ausfallsicheren Datentransfer beinhaltete das neue Kommunikationskonzept auch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise durch Vorträge in Volkshochschulen und anderen Einrichtungen zur lokalen Krisenvorsorge. Diese thematisierten neben den Maßnahmen auch die Grenzen der kommunalen Zuständigkeiten und die Eigenverantwortung der Bevölkerung. Der Zeitanlass für das neue Konzept sieht nach einer zweijährigen Erprobung eine Evaluation zum Jahresabschluss 2025 vor.



3 Welchen Mehrwert verspricht die Maßnahme für andere Kommunen?

Die Neuausrichtung der Stabsstelle ermöglicht Synergieeffekte durch die Bündelung von Kompetenzen und Zuständigkeiten, die vorher auf einzelne Stabsmitglieder und Sachgebiete aufgeteilt waren. Eine einheitliche und zentralisierte Steuerung der Vorsorge hilft sowohl bei der Vernetzung von Akteuren in der Verwaltung als auch bei der Zusammenarbeit mit den operativ-taktischen Führungsstrukturen der Feuerwehr, mit der nun ein permanenter Austausch und gemeinsame Planung möglich ist. Ebenso können Forschungsergebnisse und Entwicklungen im Bereich des Krisenmanagements gezielt auf den eigenen kommunalen Kontext übertragen und angepasst werden.

Die hauptamtliche und professionelle Vorbereitung temporärer Krisenstrukturen erkennt die Herausforderungen von Verwaltungen und Einsatzorganisationen im Wechsel zwischen Routine und Krise an und entlastet beide Seiten. Da Fachwissen und Routinen ohne Anwendung verloren gehen, muss die Einsatzbereitschaft außerhalb der Einsätze hergestellt werden. Die regelmäßigen Übungen schaffen hier Planungssicherheit durch ein verlässliches Mindestniveau von Kräften.

Die Planung und Durchführung nachprüfbarer Prozesse schafft Rechtssicherheit für die Kommune. Die Sichtbarkeit der Maßnahmen stärkt wiederum das Vertrauen und Sicherheitsgefühl der Stadtgesellschaft. Dies hängt auch mit der

Repräsentationswirkung einer festen Stelle zusammen, die Verantwortlichkeit schafft und eine konkrete und konstante Ansprechperson innerhalb und außerhalb der Verwaltung bietet.

4 Herausforderungen und Lessons Learned

Eine zentrale Transferhürde sind die Kosten der Stabsstelle mit etwa 120.000€ pro Jahr, davon etwa 25% für Sachkosten. Ungeachtet der langfristigen Kosteneinsparungen durch Vorsorgemaßnahmen stellt sich daher durchaus die Frage nach der Finanzierung und der Rolle der lokalen Ebene im Krisenmanagement. Die Einrichtung einer solchen Stelle erfordert neben politischer Prioritätensetzung daher im Zweifel auch rechtliche Klärung hinsichtlich der Grenzen zwischen Katastrophenschutz und Daseinsvorsorge.

Eine weitere Herausforderung bei der Zentralisierung von Kompetenzen ist das Ausfallrisiko. Neben einer Assistenzstelle für das operative Geschäft und einer beruflichen Stellvertretung aus der Verwaltung ist die Personalredundanz für den Krisenfall im Konzept durch einen überlappenden On- und Outboardingprozess vorgesehen.

Die Suche nach Beratungskompetenz für die kommunale Ebene stellte sich als aufwändig heraus und wurde durch den Rückgriff auf die Privatwirtschaft gelöst. Die Erstellung eines Krisenhandbuchs mit anschließender Schulung für die Stabsmitglieder erfordert dabei keine permanente Stabsstelle, die Verstetigung und Überwachung des Konzepts dagegen schon.

Aufmerksamkeitsökonomie, Präventionsparadox und die Gefahr der Abnutzung von Warnungen bergen hier Konfliktpotenzial. Die Stabsstelle muss in ihrer Funktion permanent mahnen und die (temporären) Stabsmitglieder auf ihre Aufgaben hinweisen und vorbereiten, was zu Widerständen führen kann. Hierbei wiederum kann der Verweis auf externe Fachkompetenz bei der

Konzeptentwicklung hilfreich für die Legitimität der Maßnahmen sein.

Transparenz und Qualitätskontrollen werden durch eine regelmäßige Berichtspflicht der Stabsstelle gegenüber dem Gemeinderat und dem Oberbürgermeister sowie einer Evaluation nach zwei Jahren Laufzeit sichergestellt.



Fazit

Die Investition in die Einrichtung einer permanenten und hauptamtlichen Stabsstelle für außergewöhnliche Ereignisse in Vollzeit bietet mehrere Vorteile für das kommunale Krisenmanagement. Die zentrale Planung und regelmäßige Übungen erleichtern die Harmonisierung von Notfallplänen und unterstützen die Krisenstabsarbeit im Ereignisfall durch eine Verkürzung der Chaosphase. Auch die Kooperation zwischen Verwaltungsbereichen, mit Betrieben und mit der operativ-taktischen Ebene wird durch einheitliche Planung und Vernetzung verbessert. Die Stabsstelle garantiert darüber hinaus den ständigen Kontakt zu Ansprechpartnern der kritischen Infrastruktur und weiteren schützenswerten Einrichtungen. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und ein einheitliches Informationsmanagement erleichtern die Ansprache und Einbindung der Stadtgesellschaft in die Lagebewältigung.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) und Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (Defus)

Verfasser: Lawrence Schätzle (Difu)

Layout: Drees + Riggers
Berlin, August 2025

Diese Veröffentlichung ist im Rahmen des Forschungsvorhabens PanReflex (Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement, Laufzeit März 2022 – August 2025) entstanden und wird kostenlos als Download angeboten (www.panreflex.de).



Weitere Infos unter:
**kommunales
krisenmanagement.de**

